

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: 20 Pfennig. Preis der Zeitung 20 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig. Preis der Postzeitung 30 Pfennig.

Nr. 188.

Ultensteig, Samstag den 9. Dezember.

Jahrgang 1922

Sonntagsgedanken.

In Sturm und in Wittern,
in Regen und in Rittern
treib's, wie du willst, mit mir.
Nur laß mich nicht verfallen,
Herr Gott, und gib uns allen
heimatgewisse Fahrt zu dir!

Gustav Schäfer.

Zum Sonntag.

Wie sollen wir denn den Jammer dieser Welt ertragen? — Angreifen, helfen, ändern, wo es nur möglich ist. Geheiß, das ist der gesunde Weg. Aber alle Hilfe will uns wie ein Trostlos auf glühendem Stein erscheinen. Wie ertragen wir die Gedanken an all das Unerreichte und Unerreichbare Glend? Entweder wir kumben uns ab — oder wir greifen zu der alten guten Wehr und Waffen: zu der Freude an dem Gott, der aus einem zerrissenen Menschenleben heraus einen Strahl von seinem Wesen zu uns hat bringen lassen. Er, und Er allein hält den kleinen schmerzüberfühten Erdball in seiner Hand, und wenn er den kleinen selbstglühenden Planeten in seinem Ozean von Güte und Erbarmen untertaucht, ist das ganze Leid verwandelt in Herrlichkeit...
Paul Saer.

Zur Lage.

Schicksalstage und Schicksalwochen von furchtbarer Schwere und größter Tragweite stehen für das deutsche Volk bevor. Am heutigen Samstag treffen die alliierten Ministerpräsidenten in London zusammen, um Vorbesprechungen für die Brüsseler Finanzkonferenz zu halten, vielleicht aber auch Entscheidungen über die Reparationsfrage zu fällen. Und bis 10. Dezember fordert die Vorkonferenz eine Erfüllung der Forderungen ihrer Note wegen der Zwischenfälle in Stettin, Passau und Jugo-Slavia, wo Entente-Kontrollkommissionen von der aufgebracht Bevölkerung belästigt wurden. Eine Million Goldmark, die heute 2 Milliarden Papiermark entspricht, und demütigende Entschuldigungsschreiben fordert die Entente als „Sühne“. Und als Drittes: Bis zum gleichen Tage verlangt die Vorkonferenz Antwort auf eine Note vom September, die uns Verzögerungen in der Durchführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages zum Vorwurf macht.

Das ist reichlich viel auf einmal, und doch sind das alles nur Erscheinungen der großen Krankheit von Versailles und der ungelösten Frage der Reparationen. Die Art und Weise — der Ton macht die Musik — wie die Entente mit der deutschen Regierung verkehrt, wird bekräftigt durch die Note Vincars über die bayerischen Zwischenfälle, in der im Siegerton dem gebeugten Deutschland einfach diktiert und angedroht wird, bei Nichtzahlung der Goldmarken werde die Entente im besetzten Gebiet der Palz nehmern, was ihr passe. Krieg mitten im Frieden! Aber für Frankreich war ja der Schem- und Gewaltfriede von Versailles immer nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Und doch sind diese „andern Mittel“ von einer wirklichen Kriegsführung kaum verschieden. Das hat Vincars „Wänderpolitik“ enthüllt, die er in London durchsetzen will, und die auf eine Abtrennung des Rheinlandes und eine Besetzung des Ruhrgebiets hinauslaufen. Wohl hat sich in ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung gegen die französischen Rheinlandpläne erhoben und auch bei den Verbündeten Frankreichs und in Amerika Ueberraschung und Zurückhaltung gegenüber diesem Raubzug bemerkbar gemacht, aber die Gefahr besteht weiter, daß Poincare durch Zugewandte auf der Orientkonferenz in Lausanne, namentlich hinsichtlich der Petroleumquellen bei Ruffal, die Bereitwilligkeit oder das Einverständnis Englands zu Sanktionen erkaufte. Wenn auch die öffentliche Meinung der Welt vielfach gegen Vincars Pläne im Rheinland Stellung genommen hat, die Lösung der Reparationsfrage in einer Form, die Deutschland das Leben sichert, steht in weiter Ferne. Die Antändigung neuer deutscher Reparationsvorschläge durch den Reichskanzler Dr. Cuno, die den guten Willen Deutschlands zur Erfüllung des Erträglichen und Möglichen im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit dazun sollen, hat zwar den guten Wind aus Frankreich etwas abgrie-

ben. An Plänen fehlt es wirklich nicht; aber sie scheitern alle am bösen Machtwillen Frankreichs. So gilt es abzuwarten, was Poincare, Bonar Law, Mussolini und Theunis in London vereinbaren oder auf die Brüsseler Tagung hinauschieben. Der Reichskanzler hat sich mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder besprochen und die schwer zu lösenden Antworten beraten. Ihre Veröffentlichung steht noch aus. Sie werden wieder den guten Willen Deutschlands beweisen, zugleich aber auch die Grenzen der Erfüllungsmöglichkeit erneut aufzeigen.

Die Unmöglichkeit der Erfüllung der Reparationsforderungen ist dieser Tage durch amtliche Berichtigungen erhärtet worden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes legte im Haushaltsausschuß des Reichstages dar, daß im Haushalt des Reiches zur Ausführung des Friedensvertrages für das Jahr 1922 allein 613,5 Milliarden Mark eingesetzt werden müssen. Trotzdem wir seit August keine Geldzahlungen mehr geleistet haben, weil wir gegen Ausstellung von 270 Millionen Goldmark-Schwarzwechsel einen Zahlungsausschub bis 15. Januar 1923 erhielten, ist eine „Atempause“ in keiner Weise eingetreten. Der Raubfrieden von Versailles hat die Reichsschulden von Monat zu Monat ins Wahnsinnige gesteigert, im November allein um 235 Milliarden, ohne daß wir etwas zahlten. An Barzahlungen hat Deutschland im Jahr 1922 allein 928 Millionen Goldmark geleistet, an Rohlen 179 Millionen, an Tierlieferungen 70 Millionen, an Chemikalien 14 Millionen, an Ausgleichszahlungen 177 Millionen und weitere 122 Millionen, immer Goldmark. Wenn man dazu noch nimmt, daß die Entente für 1922 hunderte Milliarden in Holzlieferungen erhielt und für 1923 für rund 800 Milliarden Papiermark Holzlieferungen verlangt, daß Deutschland für Milliarden Kosten einführen mußte, die mehr als die ganzen Kohlenlieferungen an den Verbund kosten, daß die Besatzungskosten allein 25 Milliarden erforderten, so wird der ganze Wahnsinn der Reparationen klar. Deutschland geht, davon aber kurz oder lang zu Grunde, wenn nicht eine schlagartige Lösung herbeigeführt wird. Die Bekarmung und Selbstentwertung, die das ganze deutsche Volk durch Teuerung und Not heute niederdrückt, ist nun jedem Einzelnen klar. Und die Schandwirtschaft der Besatzungstruppen im Rheinland, die auf Kosten Deutschlands Möbel, Betten, Wein-, Selt- und Vörläger zu Tausenden verbrauchen, tut das übrige, um jene Dohstimmung zu erzeugen, die keine Lösung der Reparationsfrage auslösen kann, zumal in einer Zeit, wo Dreiviertel des deutschen Volkes nicht wissen, was sie essen und womit sie sich kleiden sollen. Dazu kommt noch die „Schwarze Schmach“ und jener Geist des blindwütigen Siegers, der auch dem deutschen Volk vollends den letzten Rest jener scheinbaren Ehrhaftigkeit, der „Völkerverehrung und Gerechtigkeit“, der „Selbstbestimmung“ u. a. entzieht. Das Schmarotzerleben der rheinischen Besetzung mit ihrem Mord an Forderungen hat im Reichstag zu einem Appell an die Welt geführt, diesem Wahnsinn am Rhein ein Ende zu machen. Beschäftigt er ungehört in London und Brüssel und werden die Reparationsforderungen an Gold und Materialien aller Art nicht auf das Maß der Leistungsfähigkeit Deutschlands in Wälde zurückgeführt, dann bricht die Krise über Deutschland herein, die nur im Zerfall aller Kräfte und Kräfte enden kann. Die Welt- und Zeitkrise steht vor der Türe.

Die politischen Krisen, die Europa allerwärts beherrschen, sind nur Symptome dieser verhängnisvollen Politik der Mächtigen Europas. Poincare ist nicht mehr fest, die Stellung von Theunis in Belgien ist erschüttert, Spanien, Portugal, Polen und Serbien hatten bereits ihre Ministerkrisen. Wenn auch innerpolitische Vorgänge dabei mitwirken, die große Weltvostik steht immer im Hintergrund. Auch in Lausanne, wo noch immer um die Orientfragen gestritten wird. Die Verbündeten haben ihre Vorschläge zu der heißesten Frage der Durchfahrt und Entmilitarisierung der Meerengen nun gemacht. Der Kampf geht in den Kommissionen weiter. Die russisch-türkische Einheitsfront tritt immer deutlicher in Erscheinung. All das, was schließlich in Lausanne herauskommt, hat für uns fernliegendes Interesse, denn auf Deutschland lasten andere Sorgen. Nur das Spiel der diplomatischen Kräfte der Entente und der russisch-türkischen Gegner vermag unsere Aufmerksamkeit zu fesseln. Clemenceau hat auf seiner Amerikafahrt, die Brodvaando neuen Deutschland machte,

auch Ehrungen aller Art eingeholt, mit „Freund“ Wilson konferiert, aber von dem früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti eine gerechte und geharnischte Kennzeichnung seiner Gewaltpolitik erhalten. Es wird den greisen Tiger nicht weiter grämen und Frankreich einmal nicht, denn Leidenschaft und Machtpolitik bleibt dort Trampf, mit oder ohne Poincare.

Bergweilung schlimmer Art will angeht, der inneren und äußeren Not über die deutschen Herzen ziehen. Wer wagt noch an eine Wendung des Schicksals zu glauben? Und doch gehört dem Mutigen und Hoffnungsvollen die Zukunft. Da gilt es, zurückzublicken in die deutsche Geschichte und aus den Heldenliedern alter Zeit die Kraft zu schöpfen. Körners Freiheitslied vor hundert Jahren soll wieder Echo finden:

Mag die Hölle drohn und schmauben,
der Tyrann reicht nicht hinaus,
kann dem Himmel keine Sterne rauben,
Unser Stern geht auf!
Ob die Nacht die freud'ge Jugend töte,
für den Willen gibt es keinen Tod,
und des Blutes deutsche Heldenröte
welt von der Freiheit Rotzgerot.

613 Milliarden für Versailles.

Berlin, 8. Dez. Im Haushaltsausschuß des Reichstages führte bei der Beratung des Nachtragsetats der allgemeinen Finanzverwaltung der Reichsfinanzminister u. a. aus:

Für die allgemeine Reichsverwaltung müßten im ordentlichen Haushalt für 1922 an fordbauernden und einmaligen Ausgaben rund 343 Milliarden Mark nachgefordert werden, wodurch das Gesamterfordernis hierfür auf 442 Milliarden Mt. steigt. Für Aufwendungen an Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung sei die Verteuerung der Lebenshaltung auf das 440fache der Vorkriegszeit gestiegen, der keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstünden.

Für Reparationsbarzahlungen müßten 298 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden, so daß zusätzlich des für die Sachleistungen erforderlichen Betrages 404,4 Milliarden eingesetzt werden müßten. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden Mark mehr, als zur Erfüllung der im Londoner Ultimatum festgesetzten Reparationsforderungen von 3 Milliarden Goldmark im Mai 1921 notwendig gewesen wären. Insgesamt müßten in den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages 613,5 Milliarden gegen 310 Milliarden im Hauptetat eingesetzt werden, darunter allein für die Besatzungskosten 25 Milliarden Mt.

Die schwebende Schuld hat sich außerordentlich erhöht, sie beläuft sich auf 880,9 Milliarden Mt. für die ersten 10 Monate des laufenden Jahres ist das Passivum der Handelsbilanz auf 1 1/2 Milliarden Goldmark berechnet worden. Voraussetzung für jede Besserung ist eine Regelung der Reparationsfrage, die es ermöglicht, die Leistungen aus den Ueberflüssen der Volkswirtschaft zu bewirken. In erster Linie ist es Pflicht Deutschlands selbst, alles zu tun, was zu einer Stabilisierung der Mark führen kann. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Kräfte des Landes einzusetzen, um die erforderliche Mitwirkung Deutschlands an der Lösung dieses Problems zu sichern. Das Volk in seiner Gesamtheit und in allen seinen Schichten muß sich darüber klar sein, daß es, um seine Zukunft zu retten, selbst das Größte und Beste einlegen muß.

Neues vom Tage.

Wien lehnt eine Genugtuung ab.

München, 8. Dez. Die „Münch. N. N.“ schreiben, es müsse leider befürchtet werden, daß Berlin den völkerrrechtswidrigen Sühnforderungen glatt nachgegeben habe. Der bayerische Ministerpräsident habe bei den Verhandlungen in Berlin die nationale Ehre Bayerns gewahrt. Der den Völkerrrechtsbruch ablehnende Standpunkt Bayerns, der übrigens in Berlin anerkannt wurde, bleibe unverändert. Es ist bedauerlich, daß man in Berlin aus dieser Anerkennung nicht auch die Folgerung gezogen habe und die neuen Demütigungen und Milliardenlasten abgelehnt hat. Der Ministerpräsident Dr. v. Knilling wird am Montag im Haushaltsausschuß des Landtags außerhalb der Tagesordnung zur Abgabe einer Erklärung das Wort ergreifen.

Die völkerrrechtliche Seite der französischen Sühnforderung.

München, 8. Dez. In den „Münch. N. N.“ veröffentlicht der bekannte Staatsrechtslehrer Wehmer

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Freitag in Frankfurt 8010 G., 8050 Br., in Berlin 7880,25 G. und 7919,75 Br.

- 1 Schweizer Franken = 1488,80 G., 1498,20 Br.
- 1 französischer Franken = 556,60 G., 559,40 Br.
- 1 belgischer Franken = 501,70 G., 504,30 Br.
- 1 holländ. Gulden = 3112,20 G., 3127,80 Br.
- 1 italienischer Lira = 398 G., 400 Br.
- 100 österreichische Kronen = 11,47 G., 11,53 Br.
- 1 tschechische Krone = 252,30 G., 254,20 Br.
- 1 dänische Krone = 1625,90 G., 1634,10 Br.
- 1 schwedische Krone = 2127,20 G., 2133,30 Br.

Die tägliche Preisänderung für Mehl. Die Sächs. Mühlenvereinigung hat ab 7. Dez. den Richtpreis für Weizenmehl Spez. 0 von 54 000 auf 55 000 M. für 1 Ds. ab Mühle erhöht.

Erhöhte Düngemittelpreise. Nach einer Mitteilung der Kaufstelle des Verbandes Landwirtschaftlicher Genossenschaften in Württemberg sind mit Wirkung vom 1. Dezember ab folgende Preisänderungen für künstliche Düngemittel eingetreten: Thomasmehl 66 Proz., Stickstoffdünger 62 Proz., Kalkdünger 78 Proz.

Vom deutschen Lebersee-Verkehr. Die Hamburg-Amerika-Linie, die im nächsten Jahre ihren Leberseebetrieb durch Einstellung von 4 weiteren großen Dampfern erheblich erweitern wird, wird die beiden neuen großen Dampfer „Württemberg“ und „Bahern“ von Beginn des neuen Jahres ab aus dem Nordamerikadienst herausziehen und in den Verkehr nach Südamerika einstellen, in dem u. a. bereits das Schwesterschiff „Baden“ Verwendung findet.

Mannheimer Produktebörse, 7. Dez. Die heutige Produktebörse verlief in ruhiger Haltung. Verlangt wurden für die 100 kg. waagereife Mannheimer einchl. Sad: Weizen 25-28 000, Roggen 25-28 500, Gerste 26-28 000, Inland. Haber 25-28 500, Ausland. 24-27 000, Mais gelber La Plata 32-33 000, Wiesenheu los 145 000, gedreht 16-18 bis 17 000, geb. Stroh 12-14 000, Weizenkleie 14 500 bis 15 000 M.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Gemeinderäte werden unter Hinweis auf die Min. Ver. vom 8. Nov., 23. Nov. und 5. Dez. d. J. (Staatsanzeiger Nr. 263, 276 und 286) veranlaßt, die Gehaltszüge der Gemeinbediensteten alsbald unter Anpöpfung an die Bezüge der Staatsbediensteten zu erhöhen und dabei auch die nebenberuflichen Bediensteten entsprechend ihrer dienstlichen Inanspruchnahme angemessen zu berücksichtigen. Es empfiehlt sich, durch Beschluß festzulegen, daß bei künftigen Erhöhungen der Grundgehälter bzw. der Zulagen für die Staatsbediensteten von demselben Zeitpunkt ab die nebenberuflichen Bediensteten automatisch in die entsprechend höheren Bezüge eingestellt werden. Der Vorlage einer Protokollausfertigung wird binnen 2 Wochen entgegenzusetzen.

Ragold, den 7. Dez. 1922. Oberamt: Münz.

Die Gemeinderäte werden auf die Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens über die Erhöhung der Besoldungen für Uebersoldeten und nebenamtlichen Unterricht sowie der Besoldungen der verträglich angestellten Fachlehrerinnen vom 26. Oktober d. J. und den Entsch. d. Reichsministeriums über die Erhöhung des Beitrags der kirchlichen Klassen zur Schulkasse vom 14. Nov. d. J. (Amtsbl. des W. Minist. des Kirchen- und Schulw. S. 260 und 262) hingewiesen und aufgefordert, alsbald entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Ragold, den 7. Dez. 1922. Gem. Oberamt in Schulsachen.

Biehmärkte. Verbot.

Wegen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche in Ordnungsprovinz O/A. Calw, Rtingen O/A. Gorb und Heselbach O/A. Freudenstadt und nachdem der ganze Bezirk in den 15 km. Umkreis um diese Seuchenorte fällt, wird die Abhaltung der Biehmärkte

- in Ragold am 14. Dezember d. J.
- in Altensteig am 20. Dezember d. J. und
- in Wildberg am 21. Dezember d. J.

verboten.

Ragold, den 8. Dezember 1922. Oberamt: Münz.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Um einem allgemeinen Verständnis zu gründen, wird an den 3 Sonntagen (10., 17. und 24. Dezember 1922) vor Weihnachten für den Oberamtsbezirk erklärt, sämtliche Kaufläden von 1-6 Uhr nachmittags offen zu halten.

Ragold, den 8. Dez. 1922. Oberamt: Münz.

Kinderkochherde.
Artikel für Puppenküchen
einzeln und in Garnituren, empfiehlt in nur solcher Ware
Karl Henssler sen., Eisenwarenhandlung
Tel. 15.

Mannheim, 7. Dez. Der Auftrieb zum Kleinviehmarkt betrug: 67 Kälber, 54 Schafe, 63 Schweine, 755 Ferkel und Käuer. Bezahlt wurden für 50 kg Lebendgewicht: Kälber 34-38 000, Schafe 16-19 000, Schweine 54-60 000, Säuen 54-58 000, Ferkel und Käuer für das Stück 18-19 000 M.

Reichsbankausweis. Der Kredit- und Zahlungsmittelbedarf, der zum letzten Monatschluß von der Reichsbank zu befriedigen war, hat nach dem Ausweis der Bank vom 30. Nov. für ihre Anlaagebestände und Banknotenausgabe neue Höchststufen ergeben. Die gesamte Kapitalanlage liegt in der Berichtwoche um den ungeheuren Betrag von 160,6 Milliarden M. auf 971 Milliarden M., der Banknotenumsatz schloß damit auf 734,1 Milliarden M. an.

Stuttgarter Börse, 8. Dez. Die Verkaufsaufträge zum Börsenschluß waren in so großer Anzahl, daß die Kurse fast durchweg zum Teil sehr stark abschwächen. Am offiziellen Markt hatten Bankaktien noch guten Markt. Bankakt., alt unverändert. Vereinsbank + 100, Hypothekbank + 135. Der Spinnersattelnmarkt war nicht einheitlich. Unterhausen + 200, Kold und Schalle - 400, Kuchel + 200, Filz + 800, Spinnerei Syingen - 700. Brauereien wenig verändert. Syingen + 100, Hohenzollern + 200, Wulle - 100. Der Raschinen- und Metallmarkt hatte die größten Einbußen. Daimler - 650, Feinmechanik - 1400, Jung Hans - 1500, Syinger Raschinen - 900, Helfer Raschinen - 1450, junge 2880, 2875, Raschinenfabrik Heimgarten - 800. Anilin - 50, Deutsche Verlag - 300 ex Div., Köln-Wollweil - 2500, Krumm - 40, Stuttgarter Zucker - 800, Stuttgarter Bäckermühle - 1000. Im Freiverkehr: Benz 3900-3700, Wöinger Tritot 370-450, Stahleisend 1250-1675, Weisinger Raschinen 1000 bis 1280 junge 1000-1650, Germania Linoleum 24 000-20 200, Bremer Zucker 9000-8050, Wöf-finger Zement 700-630, Hohenlohe Nährmittel 3000 bis 3725, Kaiser Otto 3100-3000, Anort 3900-4075, Wauflener Zement 3000-3600, junge 3400-3550, Wagrus 2800-2800, junge 2350-2200, Stelgerauto 700-820, Fauberwerke 500-560.

Letzte Nachrichten.

Kein Moratorium ohne Pfänder.

M. Paris, 9. Dez. Der „Temps“ schreibt zu den angeblichen Gerüchten über die deutschen Vorschläge an die verbündeten Regierungen zwecks Ablasses von Anleihen, von Berlin aus werde mit viel Geräusch angekündigt, daß die deutsche Regierung einen Anleihe- und Zahlungsplan beibringen werde. Diese Ankündigung komme recht spät, wenn sie tatsächlich sei. Nichts destoweniger werde das deutsche Projekt mit der gebührenden Aufmerksamkeit geprüft werden. Da es jedoch nothwendigerweise ein eingeständenes oder verschleiertes Moratoriumsgesuch einschließen werde, werde man die Schlussfolgerung, die mehr als einmal gezogen wurde, nicht zu ändern brauchen: Kein Moratorium ohne Pfänder! Die „Liberte“ ist überzeugt, daß die deutschen Vorschläge weder aufrichtig gemeint seien, noch ernstlich in Betracht gezogen werden können und daß sie keinerlei Wert besitzen. Wie könne Frankreich heute annehmen, daß Deutschland 20 Milliarden Goldmark leichter bezahlen werde als 132 Milliarden? Deutschland werde auch heute nicht geneigt sein, seine Schulden anzuerkennen. Und dann werde es immer wieder sagen können, der Zustand seiner Finanzen und seines Wechselkurses verböten ihm jede Zahlungen ans Ausland. Die 20 Milliarden Goldmark stellen heute eine Papiermarkfasser dar, die mit 18 Nullen geschrieben werden müßte.

Die Sühneforderungen der Entente.

M. München, 9. Dez. Der Ministerpräsident wird am Montag Nachmittag im Haushaltsausschuß des Landtags Erklärungen über die Sühneforderung der Entente und die Antwortnote der deutschen Regierung, die bis dahin abgegeben sein dürfte, abgeben.

Wie aus Berlin berichtet wird, soll die Antwortnote heute Samstag abgefaßt und am Montag in Paris übergeben werden.

Für die Sachlichkeit verantwortlich: Ludwig Reul.

Gewerbebank Altensteig
eingetr. Gen. m. beschr. Haftpl.
Wir nehmen
Depositen-Gelder
zu günstigen Bedingungen entgegen.
Näheres ist an unserer Kasse zu erfahren.
Gleichzeitig machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß nach dem neuen Statut der Erwerb von insgesamt 3 Geschäftsanteilen zulässig ist. Eine diesbezügliche Erklärung bitten wir möglichst bis zum 20. Dezember an unserer Kasse abzugeben.
Der Vorstand.

Altensteig.
Ia Neue Heller-Linsen
Ia Neue Land-Erbfen
Ia Neue Viktoria-Erbfen
geschälte, ganze und halbe,
Ia Neue weiße Perl-Bohnen
in bester Ware und in verschiedenen Preislagen empfiehlt
Chr. Burghard jr.

Backbleche
Kuchenbleche
Springformen
Buntformen
Ausstecherle
Sprengerles-Mödel
Kuchenunterlagen
Puddingformen
empfiehlt
Karl Henssler sen.
Altensteig.
Reißzeuge
in gebiegener Ausführung
sind wieder eingetroffen und
empfehlen preiswert
die
W. Rieker'sche Buchh.

Ettmannsweiler.

Nadelstammholz-Verkauf
Am Donnerstag, den 14. Dez. 1922, nachm. 2 Uhr kommen aus dem Gemeindevald Enzwald Abteilung II Buchholzen im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf:
302 St. Lang- u. Sägholz III. - V. Kl.
durchaus tannen, mit 118 Fkm.
Die Abfuhr ist günstig. Die Angebote sind nach den neuen Landesgrundpreisen vom 1. Nov. 1922 zu machen.
Gemeindevrat.

Rohrbach O/A. Ragold.
Nadelstammholz-Verkauf.
Am Mittwoch, den 13. Dezember, nachm. 1 1/2 Uhr kommt aus dem Reichthaus vom Gemeindevald Abt. Krummes Steigle zum Verkauf mit Fm
Sägholz: 1, 40 II., 5 III., 14 IV., 13 V., 2 VI. Kl.
Sägholz: 2 II., 1 III. Kl.
Angebote in Prozenten ausgedrückt nach der neuesten Forstliste wollen bis spätestens 13. Dezember, nachm. 1 Uhr eingereicht werden. Abfuhr ist günstig. Zuschlag vorbehalten.
Den 8. Dezember 1922.
Schultheißenamt.

Die neue Forstpreisliste
für 1923
ist zu haben in der
W. Rieker'schen Buchhandlung
Altensteig.

Erwiderung auf die Bekanntmachung der Allgem. Ortskrankenkasse über Zahnbehandlung.
Durch Schuld der Krankenkassen besteht der vertraglose Zustand zwischen Krankenkassen, Zahnärzten und Dentisten. Nach § 182 der Reichsversicherungsgesetzgebung haben die Krankenkassen Anspruch auf Zahnbehandlung zu Kosten der Krankenkassen. Es ist daher irreführend, wenn einzelne Krankenkassen bekannt gemacht haben, daß die Krankenkassen während des vertraglosen Zustands nach Inanspruchnahme eines Zahnarztes oder Dentisten einen Anspruch auf Ersatz an die Rasse nicht hätten, wie durch zahlreiche oberinstanzliche Entscheidungen einwandfrei festgestellt ist. Während des gegenwärtigen vertraglosen Zustands müssen die Zahnärzte und Dentisten ihre Patienten nach ihrer Privatgebühreordnung behandeln und die Krankenkassenmitglieder haben einen Rechtsanspruch an ihre Rasse auf Ersatz der Kosten nach Maßgabe des Gesetzes.
Wirtschaftl. Verband deutscher Zahnärzte
Landesverband Württemberg.
Württbg. Dentisten-Verband

Mädchen
gesucht für Haus- und Landwirtschaft mit Beleg, das Kochen zu erlernen. Eintritt 1. Jan. Angebote unter 121 an die Geschäftsstelle des W. Epfelfberg.

Ein Rind
unter zwei die Wahl verkauft
Gall, Witw.
Berned.
Eine junge

Kuh
sich dem Verkauf aus
Sohs. Bauer.

